



EINGEGANGEN
15. März 2013

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Mechthild Rawert
11011 Berlin

Ulrike Flach

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL ulrike.flach@bmg.bund.de

Berlin, 14. März 2013

Schriftliche Frage im März 2013

Arbeitsnummer 3/63

Sehr geehrte Frau Kollegin,

liebe Frau Rawert!

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 3/63:

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gewährung von unterstützenden medizinischen, medikamentösen und psychologischen Leistungen durch die gesetzlichen und privaten Krankenkasse für intersexuelle Menschen, und in welchen Gesundheitsbereichen (Vorsorge, kurative Therapie, Rehabilitation) sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf um zu vermeiden, dass es aufgrund dieser Geschlechtsidentität nicht zu überproportional vielen Selbstzahler-Leistungen kommt?

Antwort:

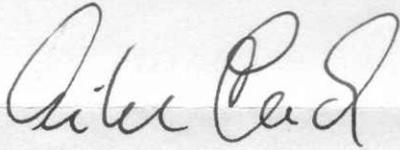
Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) haben einen umfassenden Leistungsanspruch. Dieser umfasst die in der Frage genannten Gesundheitsbereiche. Da medizinisch erforderliche Krankenbehandlungen von den Krankenkassen übernommen werden, ist nicht zu erwarten, dass Versicherte mit Kosten für diese Leistungen über die gesetzlichen Zuzahlungen hinaus belastet werden.

Für den Bereich der privaten Krankenversicherung (PKV) ist gesetzlich vorgeschrieben, dass eine private Krankheitskostenversicherung, die der Versicherungspflicht des § 193 Absatz 3 Versicherungsvertragsgesetz genügt, als Mindestumfang das Krankheitskostenrisiko für ambulante und stationäre Heilbehandlungen abdecken muss. Darüber hinaus ist der Umfang der abgesicherten

Leistungen Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen zwischen dem Versicherungsnehmer und dem jeweiligen Unternehmen der PKV.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Umsetzung der den Bereich Medizin betreffenden Empfehlungen des Deutschen Ethikrats aus der Stellungnahme zur Intersexualität“ - Bundestagsdrucksache 17/11855 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Peter C. D.", written in a cursive style.